

Gastkolumne

Integration  
erfolgt  
bei uns  
durch Arbeit

Geht es um Einwanderung, gibt  
sich die Schweiz gerne ruppig.  
Tatsächlich ist sie so erfolgreich  
wie kaum ein anderes Land



Caspar Hirschi

Die Schweiz ist, relativ zur Einwohnerzahl, das grösste Einwanderungsland der westlichen Welt. Gemäss dem aktuellen Migrationsbericht der OECD sind knapp 30 Prozent der Bevölkerung im Ausland geboren. Das sind mehr als in klassischen Einwanderungsländern wie Australien, Neuseeland, Israel oder Kanada und doppelt so viele wie durchschnittlich in den Staaten der Europäischen Union. In Frankreich liegt der Anteil der im Ausland Geborenen bei 12 Prozent, in Grossbritannien bei 14, und in Deutschland ist er im Zuge der Flüchtlingskrise auf 15 Prozent gestiegen. Auch in den Vereinigten Staaten, wo Trump seit Jahren verbale Wälle gegen mexikanische Fluten baut, sind nur 13 Prozent im Ausland geboren. Der einzige OECD-Staat, der vor der Schweiz liegt, ist kein Land, sondern eine Stadt: Luxemburg.

Die Zahlen der OECD sind für eine vergleichende Betrachtung der Immigration aussagekräftiger als Ausländerstatistiken, die stark von der jeweiligen Einbürgerungspraxis abhängen. Welche Schlüsse aber sind aus ihnen zu ziehen? Beginnen wir mit einer Beobachtung der Neuenburger Politologen Gianni D'Amato und Didier Ruedin. In einem kürzlich erschienenen Aufsatz stellen sie zum Einwanderungsland Schweiz eine

gewaltige Kluft zwischen politischer Diskussion und gesellschaftlicher Realität fest.

Die Debatte wird seit Jahren von der SVP dominiert, deren Aufstieg zur wählerstärksten Partei mit ausländerfeindlichen Kampagnen gepflastert war. Die anderen Parteien waren damit beschäftigt, SVP-Initiativen abzuwehren oder, wenn das nicht gelang, sie so umzusetzen, dass sie internationale Verträge nicht verletzen. Damit schafften sie es bisher, dass von den Forderungen der SVP kaum etwas in der Realität ankam.

Den linken bis liberalen Parteien gelang es aber nie, der Migrationsdiskussion einen eigenen Stempel aufzudrücken. Vielmehr setzte sich bei ihnen der Glaube durch, Wahlen seien nur zu gewinnen, wenn das Thema gar nicht erst aufs Tapet komme. Das Kalkül mag in den kommenden Wahlen tatsächlich aufgehen, aber bei der Abstimmung über die Abschaffung der Personenfreizügigkeit könnte sich die fehlende Themenführerschaft rächen, zumal es diesmal nachträglich nichts zu korrigieren gäbe.

Wie aber sähe eine politische Diskussion aus, die der Realität des Einwanderungslandes Schweiz gerecht würde? Sie begänne beim Befund, dass die Schweiz eine Integrationsleistung vollbringt, die ihresgleichen sucht. Trotz rekordhoher Immigration gibt es keine verlorenen Generationen von Migrantenkindern und -enkeln, keine brennenden Banlieues, keine Stadtviertel in der Hand krimineller Clans und keine Massenaufmärsche fahnenschwingender Alteingesessener. Der Anteil Erwerbstätiger unter den Eingewanderten ist vergleichsweise hoch, was ebenso an ihren Fähigkeiten wie an der Offenheit des Arbeitsmarktes liegt. Es kommen viele Hochqualifizierte, und diese sind - in der OECD einzigartig - im Arbeits-

“

Wir gelten  
nicht gerade  
als Volk  
mit warmer  
Willkommenskultur.

markt sogar leicht besser gestellt als entsprechend ausgebildete Einheimische. Gleichzeitig sind relativ wenig inländische Arbeitskräfte von Verdrängungseffekten betroffen. Da die Akzeptanz der Einwanderung davon entscheidend abhängt, ist es wichtig, diese Effekte so tief wie möglich zu halten.

Abseits der Arbeit kann die Schweiz durchaus ein hartes Pflaster für Einwanderer sein. Wir gelten nicht gerade als Volk mit warmer Willkommenskultur und halten Berufliches und Privates gerne auseinander. Für manche Ausländer ist die Schwierigkeit, Schweizer Freunde zu finden, ein Grund, das Land wieder zu verlassen.

Integration erfolgt bei uns durch Arbeit, und das schon seit langem. Als 1836 eine Delegation des britischen Parlaments durch die Schweiz reiste, um eine Freihandelsnation in Aktion zu sehen, begegneten sie Seidenwebern aus Lyon, die sich am Zürichsee niedergelassen hatten. «Der Boden, auf dem ich in der Schweiz stehe», sagte einer stolz, «ist sauberer als der Tisch, an dem ich in Frankreich gegessen habe.»

Schon vor dem Ersten Weltkrieg hatte die Schweiz mit ungefähr 15 Prozent den europaweit höchsten Ausländeranteil, und wie heute stammten die meisten Einwanderer aus den umliegenden Ländern. Mit anderen Worten: Sie brachten eine hohe Cervelet-Verträglichkeit mit. Historisch gesehen, ist die Personenfreizügigkeit die beschleunigte Fortsetzung einer bewährten Praxis. Ihre Gegner müssen sich gut überlegen, aus welchen Weltgegenden sie die Arbeitskräfte holen, wenn unsere Nachbarn zu Hause bleiben.

Caspar Hirschi ist Professor für Allgemeine Geschichte an der Universität St. Gallen.



Medienkritik

Wer braucht  
eigentlich einen  
Pressesprecher?



Michael Furger

Viele Journalisten rätseln seit je, wozu Informationschefs und Mediensprecher eigentlich da sind. Seit dieser Woche ist die Antwort auf die Frage noch schwieriger geworden. Denn Ueli Maurer hat am Freitag nach seinem Besuch im Weissen Haus CNN ein Interview gegeben - in einer Sprache, die er für Englisch hält. «I can nothing say to this issue», ächzte er. Sein Mediensprecher versicherte hernach, Maurer spreche fließend Englisch.

Die meisten Informationsleute (nicht alle) verstehen ihren Job so, dass sie Information verhindern müssen statt ermöglichen. Viele von ihnen waren einmal Journalisten (was sie gerne betonen), haben aber vergessen, wie Medien funktionieren. Sie versuchen sie zu steuern - was in der Schweiz kaum möglich ist. Sie belehren Journalisten darüber, wie sie ihren Job zu erledigen hätten - was nichts bringt -, und sie verfassen verschwurbelte Mitteilungen, die unbrauchbar sind.

Aber dann kommt der Moment ihres Lebens: Interview auf CNN, drei Minuten, die um die Welt gehen. Simple, unkritische Fragen, aber ein Chef, der sich in einer fremden Sprache nicht sicher fühlt. Wenn ein Informationschef jemals nötig war, dann jetzt. Was könnte man tun? Vielleicht eine Simultanübersetzung wie das andere Staatschefs wie Angela Merkel oder Wladimir Putin stets verlangen? Vielleicht ein Knopf im Ohr, der Antworten einflüstert? Allenfalls könnte man die Fragen vorher verlangen und sich darauf vorbereiten. Das machen die Presseleute im Bundeshaus sonst andauernd. Drei Varianten. Maurers Medientheft Peter Minder entschied sich für die vierte: Lass den Chef in die Wand laufen.

Aber er weiss, wer - neben ihm - mit-schuldig ist: die Medien natürlich. «Hier wurde journalistisch schludrig gearbeitet», klagte er. «Wir wurden von CNN völlig überrumpelt.» Wer einen solchen Medientheft hat, braucht keine Feinde.

Michael Furger ist Leiter des Ressorts Hintergrund der «NZZ am Sonntag».

51 Prozent

Sex ist keine politische Waffe



Nicole Althaus

Es gibt wahrlich gute Gründe, aufgebracht und wütend zu sein über das Gesetz, das der Senat im amerikanischen Gliedstaat Alabama diese Woche verabschiedet hat: Die sogenannte «Heartbeat Bill» stellt einen Schwangerschaftsabbruch unter Strafe, sobald ein Herzschlag des Fötus zu hören ist. Das ist bereits rund vier Wochen nach der Befruchtung der Eizelle, also zu einem Zeitpunkt, zu dem viele Schwangere sich ihrer anderen Umstände noch gar nicht bewusst sind. Ärzten, die danach eine Abtreibung vornehmen, drohen 10 bis 99 Jahre Haft. Abbrüche sind auch nach Vergewaltigung oder Inzest strafbar.

Für Frauen ist das eine emanzipatorische Katastrophe. Es droht ihnen künftig - man

kann es nicht anders sagen - die Schwangerschaft per Dekret. Und den Ärmsten unter ihnen, die sich ein Kind oder eine Reise in einen weniger restriktiven US-Gliedstaat nicht leisten können, die Abtreibung in einem dunklen Hinterhof.

Noch ist das Gesetz nicht in Kraft, und amerikanische Bürgerrechtsorganisationen haben auch bereits angekündigt, dieses vor Gericht anzufechten. Doch diverse Vorstösse in anderen amerikanischen Gliedstaaten, etwa in Kentucky, Mississippi, Georgia oder Ohio, machen deutlich, dass die Konservativen in den USA ein klares Ziel verfolgen: Der Oberste Gerichtshof des Landes soll möglichst bald den verhassten Leitenentscheid «Roe vs. Wade» umstossen, mit dem 1973 das Recht der Frau auf einen Schwangerschaftsabbruch festgeschrieben worden ist. Präsident Trump haben die Konservativen auf ihrer Seite. Wie im Wahlkampf versprochen, ernannte er mit Neil Gorsuch und Brett Kavanaugh zwei oberste Richter, von denen er sich erhofft, dass sie die reproduktive Selbstbestimmung der Frau bald beenden.

Junge Amerikanerinnen könnten damit eines der wichtigsten und zentralsten Anliegen

der Emanzipation verlieren, für das ihre Urgrossmütter auf die Strasse gegangen sind und das ihre Grossmütter sich schliesslich vor Gericht erstritten haben. Der Protest gegen die ideologische Vereinnahmung der Gebärmutter ist also bitter nötig. Doch der Sextstreik, zu dem jetzt Alyssa Milano auf Twitter aufgerufen hat, ist als Ventil der Wut absolut kontraproduktiv. Der Sextstreik solle Leute daran erinnern, schrieb sie, dass Frauen die Kontrolle über ihre eigenen Körper hätten «und wie wir sie einsetzen». Zwar hat die 46-jährige Schauspielerin aus den USA mit dem von ihr erfundenen Hashtag #MeToo bewiesen, welche Lawine man auf Social Media lostreten kann. Gerade sie aber sollte gelernt haben, dass Sex auf keinen Fall als Verhandlungsmasse verstanden werden darf.

Wer Sex als Druckmittel einsetzt, reduziert sich nämlich selbst zum Objekt der Begierde. Ein Sextstreik impliziert, dass Sex im heterosexuellen Kontext etwas ist, das Männer fordern und Frauen geben, gezielt einsetzen oder eben verweigern. Exakt diese zutiefst patriarchale Idee von Nutzniessern versus Erdulderinnen von Sex

“

Wer Sex als  
Druckmittel  
einsetzt,  
reduziert sich  
selbst zum  
Objekt der  
Begierde.

macht den Missbrauch erst möglich, den die #MeToo-Bewegung anklagt.

Ganz folgerichtig wird der von Milano propagierte Sextstreik vom Lager der religiösen Abtreibungsgegner übrigens beklatscht. Passt doch der Appell zur Enthaltsamkeit wunderbar zur erzkonservativen Vorstellung, dass Sex, zumindest der weibliche, nur in der Ehe Platz hat und der Fortpflanzung dienen soll.

Statt auf den Körper müssen Frauen - gerade bei diesem ideologischen Feldzug gegen ihre Rechte - auf das Hirn setzen. Wer twittert, hilft keiner Frau in Not, wohl aber, wer etwa Organisationen des National Network of Abortion Funds unterstützt, die ungewollt Schwangeren im amerikanischen Süden einen Abbruch in einem anderen Staat finanzieren. Es gilt möglichst vielen Frauen, denen das Recht auf Abtreibung genommen wird, die reproduktive Selbstbestimmung zurückzugeben. Und damit zu beweisen, dass sich Frauen 2019 nicht mehr zur Mutterschaft zwingen lassen.

Nicole Althaus ist Chefredaktorin Magazine bei der «NZZ am Sonntag».